

Niederschrift

**über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen
des Kreises Warendorf am 05.02.2020
im Kreishaus in Warendorf**

(11. Sitzung der Wahlperiode)

Inhalt:

Lfd.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Seite
1.	Vorstellung des Projektes „Politische Partizipation passgenau“	3
2.	Umsetzungsstand Inklusionsplan	5
3.	Verschiedenes	6

Anlagen

Anlage 1 Präsentation zu TOP 1

Kreis Warendorf
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf
Postfach 11 05 61
48207 Warendorf

Ansprechpartner:
Herr Schabhüser
Telefon 0 25 81/53-5012
Fax 0 25 81/53-95012
E-Mail: Beirat-fuer-Menschen-mit-Behinderungen@kreis-warendorf.de

**Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen
des Kreises Warendorf am 05.02.2020**

Sitzungsbeginn: 09.30 Uhr

Sitzungsende: 12.10 Uhr

Anwesend:

vom Beirat für Menschen:
mit Behinderungen: Ruth Bayer
Astrid Birkhahn
Dr. Klaus Blex
Claudia Elkmann
Günter Holz
Ralf Kirchhoff
Herbert Kraft
Siegrid Kurp
Christa Laumann
Dorothea Nienkemper
Monika Rüschenbeck
Susanne Schloms
Marion Schmelter
Josef Strohbücker
Robert Strübbe
Sabine Tenambergen
Detlef Weißenborn

Vertreterin: Bernadette Wessels-Bremerich

es fehlen: Andrea Ambrose
Martin Behnke
Stefan Hering
Michael Jehne
Sylvia Klett
Manfred Lensing-Holtkamp
Martin Lepper
Hans-Joachim Mettler
Petra Pioch
Christoph Pundt
Heiko Sachtleber
Stephan Schulte
Günter Schweer

von der Verwaltung: Brigitte Klausmeier
Anne Middendorf
Johanna Peters
Helmut Schabhüser

Gäste: Christina Baum, LAG Selbsthilfe NRW
Britta Möwes, LAG Selbsthilfe NRW
Merle Schmidt, LAG Selbsthilfe NRW

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 05.02.2020

Frau Schloms begrüßt die Mitglieder des Beirates sowie Frau Möwes, Frau Baum und Frau Schmidt von der LAG Selbsthilfe NRW zur Sitzung.

Vor Einstieg in die Tagesordnung erinnert Frau Schloms an den kürzlich verstorbenen Hans-Jürgen Vicariesmann. Er war seit Bildung des Beirates bis zur Auflösung des "Freundeskreises" Behinderter und Nichtbehinderter Ahlen e.V. als Vertreter des Vereines von 1990 bis 2017 Mitglied des Beirates.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 04.07.2019 gibt es keine Anmerkungen.

Rückblickend erinnert Frau Schloms an die zum 01.01.2020 in Kraft getretene Reformstufe 3 des BTHG. Die Trennung der Fachleistungen und der existenzsichernden Leistungen für Menschen in besonderen Wohnformen wurde erfolgreich umgesetzt.

Als Ausblick für 2020 weist sie auf die am 13.09.2020 stattfindenden Kommunalwahlen in NRW hin.

Hinweis:

Im Hinblick auf die Kommunalwahl 2020 hat das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen einen Erlass zur Nutzung von Stimmzettelschablonen herausgegeben. Es wird einheitliche Stimmzettel geben. Blinde und sehbehinderte Menschen können bei der Kommunalwahl 2020 mit Hilfe einer Schablone wählen.

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internet-Seite der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen:

www.lbbp.nrw.de

TOP 1: Vorstellung des Projektes „Politische Partizipation passgenau“

Frau Möwes berichtet anhand einer Präsentation (sh. Anlage) über das Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ der LAG Selbsthilfe NRW. Wichtig beim Abbau der Barrieren und der Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens sei die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache.

Das Projektangebot richte sich an die Kommunen in NRW. Ziel sei die Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen durch eine passgenaue Beratung und Unterstützung der relevanten Akteurinnen und Akteure in den Kommunen.

Die Laufzeit des Projektes sei vom 01.05.2019 bis zum 30.04.2022 angesetzt.

Herr Kirchhoff erkundigt sich zur Gestaltung eines Zukunftsworkshops für gehörlose Menschen und inwieweit auch Menschen mit Behinderungen einbezogen werden können.

Er wünscht, dass generell mehr Betroffene im Beirat für Menschen mit Behinderungen vertreten sein sollten.

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 05.02.2020

Frau Möwes erläutert, dass bei der Durchführung des Projektes möglichst viele Menschen mit Behinderungen beteiligt werden sollen. Mit der Teilnahme von gehörlosen oder blinden Menschen seien gute Erfahrungen gemacht worden.

Auf Nachfrage von Frau Nienkemper erklärt Frau Möwes, dass das Projekt bei vorhandenem Interesse auch im Kreis Warendorf bzw. den kreisangehörigen Städten und Gemeinden durchgeführt werden könne. Bisher sei die LAG im Kreis Warendorf nur in der Stadt Ennigerloh aktiv beteiligt.

Frau Schmelter ergänzt, dass mit Unterstützung der LAG bereits in 2014 ein Zukunftsworkshop durchgeführt wurde. Eine Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung wurde ebenfalls in 2014 erlassen.

Der Arbeitskreis Inklusion mit Vertretern und Bewohnerbeiräten der Einrichtungen, Vereinen und Institutionen von Menschen mit Behinderungen usw. treffe sich regelmäßig zum Austausch und zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, zur Durchführung von Aktionen und um Begegnungen zu schaffen. Der Arbeitskreis sei öffentlich, eine Mitwirkung über die regelmäßig teilnehmenden Akteure hinaus möglich. Sie hebt für das Gelingen der Inklusion insbesondere hervor, dass seitens der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Grundbedingungen in ihrer Stadt zu schaffen seien, um ein Miteinander durch Netzwerkgespräche zu ermöglichen.

Frau Schmelter berichtet weiter, dass der Kreis zweimal jährlich zum Arbeitskreis der Beauftragten für Belange von Menschen mit Behinderungen der Städte und Gemeinden des Kreises einlädt. Auch dieser diene dem Austausch von Informationen.

Frau Birkhahn stellt fest, dass Inklusion kein Selbstläufer sei, die aktive Partizipation der Menschen mit Behinderungen müsse vorangebracht werden. Die Bürgermeister stünden in der Pflicht, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Wichtig sei auch eine passgenaue Vernetzung vor Ort.

Frau Klausmeier zeigt sich erfreut darüber, dass im Kreis Warendorf seit 30 Jahren ein Beirat für die Menschen mit Behinderungen vorhanden sei, bestehend aus Verwaltung, Politik und Betroffenen aus verschiedenen Organisationen.

Nach der Kommunalwahl werden neue Mitglieder für den Beirat benannt. Ggf. sollte gleichzeitig eine geänderte Zusammensetzung des Beirates geprüft und die Anzahl von Menschen mit Behinderungen erhöht werden.

Frau Tenambergen regt die Durchführung von Zukunftswshops in den Städten und Gemeinden des Kreises an, Frau Möwes sagt eine Unterstützung zu.

Frau Schloms nennt als Beispiel den Kreis Soest. Dieser versuche, in Workshops Ideen zu entwickeln und umzusetzen, dieses sollte auch in die Städte und Gemeinden gebracht werden.

Frau Schmelter nimmt die Anregung von Frau Klausmeier auf, die Zusammensetzung des Beirates zu überdenken. Sie regt die Erweiterung des Beirates um die Beauftragten für Belange von Menschen mit Behinderungen der Städte und Gemeinden an.

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 05.02.2020

Frau Klausmeier bedankt sich für die Anregungen und schlägt zum weiteren Vorgehen des Kreises vor:

- die Städte und Gemeinde anzuschreiben, und Informationen zum Stand der Umsetzung der UN-BRK zu erfragen,
- das Thema in der Sozialamtsleiterdienstbesprechung auf die Tagesordnung zu setzen mit dem Ziel, in allen 13 Städten und Gemeinden Workshops durchzuführen.

Anmerkung: Die Sitzung sollte am 23.03.2020 stattfinden und musste aufgrund der aktuellen Situation hinsichtlich der Ausbreitung des Corona-Virus abgesagt werden. Sie wird zu gegebener Zeit nachgeholt.

Frau Schloms schlägt vor, in einer kleinen Arbeitsgruppe die Richtlinien des Beirates zu überarbeiten und ggf. neue Themen/Aufgaben zu entwickeln.

Frau Tenambergen, Frau Birkhahn, Frau Schmelter und Herr Strübbe bieten ihre Teilnahme an. Herr Kirchhoff würde ebenfalls gern teilnehmen, es wäre dann die frühzeitige Organisation eines Gebärdensprachdolmetschers erforderlich.

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass die aktuelle Wahlperiode am 31.10.2020 endet. Die neuen Richtlinien sollten für die neue Wahlperiode gelten.

Frau Schloms stellt fest, dass die Arbeitsgruppe damit neben ihr und Vertretern der Verwaltung aus Frau Tenambergen, Frau Birkhahn, Frau Schmelter, Herrn Strübbe und Herrn Kirchhoff bestehen wird.

Die Leitung der Arbeitsgruppe wird Frau Möwes übernehmen.

Frau Schloms dankt Frau Möwes für ihren Bericht und ihre weitere Unterstützung.

TOP 2: Umsetzungsstand Inklusionsplan

Frau Peters, Sozialplanerin des Kreises, erläutert den aktuellen Umsetzungsstand des Inklusionsplanes (sh. Anlage zur Einladung/ rote Schrift: neuer Umsetzungsstand/ blaue Schrift: redaktionelle Änderungen).

Der Inklusionsplan für den Kreis Warendorf beinhaltet 147 konkrete Maßnahmen, von denen 74 Maßnahmen in der Zuständigkeit des Kreises Warendorf liegen.

Alle Maßnahmen des Inklusionsplans wurden bereits umgesetzt bzw. befinden sich aktuell im Umsetzungsprozess. Im Rahmen des Umsetzungsprozesses hat sich herausgestellt, dass 42 Maßnahmen des Inklusionsplans als Daueraufgabe zu betrachten sind. Vier Maßnahmen werden nicht umgesetzt, da sie nicht durchführbar sind.

Zum Stichtag 31.12.2019 stellt sich der Umsetzungsstand wie folgt dar:

**Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen
des Kreises Warendorf am 05.02.2020**

Maßnahmen	absolut	abgeschlossen	Daueraufgabe	in Bearbeitung	keine Umsetzung
Kurzfristig	39	18	18	2	1
Mittelfristig	28	6	20	0	2
Langfristig	7	1	4	1	1
Gesamt	74	25	42	3	4

Auf Nachfrage von Herrn Strohbücker teilt Frau Middendorf mit, dass für die Umsetzung der in der Übersicht nicht aufgeführten Maßnahmen nicht der Kreis, sondern z. B. die Städte und Gemeinden zuständig sind.

Frau Schmelter erkundigt sich zum aktuellen Sachstand der Entwicklung der Notruf App (Maßnahme 66) auf Landes- und Bundesebene.

Frau Klausmeier teilt mit, dass der Sachstand im Protokoll mitgeteilt werde.

Ergebnis:

Trotz zu regelnder Fragen (Kartellrecht), halten die Fachplaner des Ministeriums für Inneres NRW an dem Zeitplan fest. Die Einführung der bundesweiten Notruf-App soll in 2020 stattfinden.

Frau Birkhahn bedauert, dass die Maßnahme 111 nicht umgesetzt wird.

Frau Peters weist darauf hin, dass stattdessen Aktivitäten des Kinderschutzbundes zum Thema unterstützt werden sollen. Sie wird sich beim Kinderschutzbund zum aktuellen Sachstand erkundigen.

Ergebnis:

Der Kreis Warendorf plante mit finanziellen Mitteln aus dem Inklusionsfonds diesbezügliche Aktivitäten des Kinderschutzbundes zu unterstützen. Mangels Mittelanforderung seitens des Kinderschutzbundes sind bislang keine Mittel aus dem Inklusionsfonds geflossen. Diese stehen weiterhin zur Verfügung.

Herr Kirchhoff erkundigt sich, warum keine Öffnung der Förderschulen für Kinder ohne Behinderung möglich sei (Maßnahme 36).

Frau Birkhahn teilt mit, dass dieses rechtlich nicht möglich sei.

TOP 3: Verschiedenes, u. a.

- a) Frau Elkmann, Mutter eines schwerstmehrfachbehinderten Sohnes, weist erneut darauf hin, dass im Kreis Warendorf kein ausreichender Wohnraum für Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderungen diesbezüglich vorhanden sei. Bereits in der Sitzung des Beirates am 04.07.2019 hatte sie sich mit einer Petition an den Beirat für Menschen mit Behinderungen gerichtet.

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen des Kreises Warendorf am 05.02.2020

Aufgrund ihres Appells im Beirat sei sie vom CDU-Landtagsabgeordneten, Herrn Hagemeier, kontaktiert worden. Dieser habe ihr mitgeteilt, dass lt. Auskunft von Herrn Münning, LWL Sozialdezernent, in den nächsten drei Jahren eine Bedarfsabfrage zum Thema besondere Wohnform durchgeführt werde.

Frau Elkmann weist darauf hin, dass bereits eine Liste mit derzeit 120 Namen von Personen vorliege, die auf einen entsprechenden Wohnheimplatz warten. Es sei daher nicht nachvollziehbar, warum zunächst eine Bedarfsabfrage erfolgen solle. Der LWL sei seit 2003 zuständiger Träger und damit in der Verantwortung.

Herr Kraft bemängelt, dass das Problem offensichtlich politisch nicht angenommen werde. Er habe dieses im Sommer 2019 in Düsseldorf bei Frau Claudia Middendorf, Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung, angesprochen.

Herr Strohbücker hält eine Bedarfsabfrage innerhalb der nächsten 3 Jahre nicht für hinnehmbar. Aus den Fraktionen heraus müsse daher Druck auf den LWL ausgeübt werden.

Frau Rüschenbeck weist darauf hin, dass die Errichtung eines Wohnheimes nicht am fehlenden Willen von Investoren oder der Bereitstellung eines Grundstückes durch die Gemeinden scheitere, sondern am politischen Willen.

Frau Klausmeier teilt abschließend mit, dass sie auf Bitte der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zwischenzeitlich gemeinsam mit Frau Middendorf ein Gespräch mit dem LWL geführt habe. Der Appell müsse an die politischen Vertreter in der Landschaftsversammlung weitergegeben werden

In der Regionalplanungskonferenz des Kreises im März 2020 werden Mitarbeiter des LWL anwesend sein, auch diese sollen auf die Problematik hingewiesen werden.

Anmerkung: Diese Sitzung musste aufgrund der aktuellen Situation hinsichtlich der Ausbreitung des Corona-Virus abgesagt werden und wird zu gegebener Zeit nachgeholt.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Bayer, Frau Kurp, Herr Kirchhoff, Herr Strohbücker, Frau Birkhahn und Frau Schmelter.

- b) Herr Kirchhoff erbittet für die Eltern von gehörlosen Kindern mehr Unterstützung und Informationen

Frau Klausmeier weist hinsichtlich der Hilfen für Eltern auf die Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf des Gesundheitsamtes des Kreises Warendorf hin.

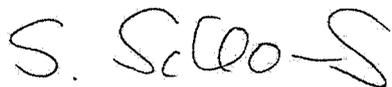
- c) Frau Schloms weist auf den Termin für die nächste Mitgliederversammlung der LAG Selbsthilfe NRW am 27.06.2020 hin. Wer aus dem Beirat Interesse an einer Teilnahme habe, könne sich bei ihr melden.

**Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen
des Kreises Warendorf am 05.02.2020**

Mailadresse des Beirates: Beirat-fuer-Menschen-mit-Behinderungen@kreis-warendorf.de

- d) Frau Schloms teilt mit, dass sie am 08.10.2019 mit Frau Schmelter an einer Veranstaltung der LBB Frau Claudia Middendorf teilgenommen hat. Jedes Jahr – immer am 8.10. lädt die LBB NRW-weit die kommunalen Vertreterinnen zu einem Austausch ein.
- e) Frau Schmelter weist auf die seit ca. 1,5 Jahren bestehende AG Gebärdensprache in der Gesamtschule Ennigerloh hin. Es wäre wünschenswert, wenn eine solche AG auch in Schulen anderer Städten und Gemeinden des Kreises angeboten würde.
- f) Frau Schloms teilt, dass die nächste Sitzung des Beirates am Montag, den 22.06.2020, 15 Uhr, stattfinden wird.

Frau Schloms schließt die Sitzung um 12.10 Uhr.



Susanne Schloms
Vorsitzende



Helmut Schabhüser
Schriftführer